

# tacheles

Informationsmagazin der  
Landesapothekerkammer Brandenburg

November 2022  
Ausgabe 3

3

## NEIN ZUR AKTUELLEN POLITIK

Warnungen  
werden ignoriert

5

## DIE ÖFFENTLICHE APOTHEKE IST IN GEFAHR

Systemrelevant  
und doch bedroht

6

## APOTHEKEN- PROTEST IN BRANDENBURG

"Aufmerksamkeit,  
um auch in Zukunft  
da zu sein"

# DÜSTERE AUSSICHTEN FÜR DIE BRANDENBURGISCHEN APOTHEKEN



HERAUSGEBER: DIESES MAGAZIN LIEGT IN DER VERANTWORTUNG DER LANDESAPOTHEKERKAMMER BRANDENBURG UND BIETET SEINEN KAMMERANGEHÖRIGEN UND INTERESSIERTEN LESERN HINTERGRUNDINFORMATIONEN UND MEINUNGEN ZUM BERUF DER APOTHEKER\*INNEN.

## ZEIT FÜR PROTEST

Professor Karl Lauterbach hat etwas losgetreten, das in dieser Form bislang einzigartig für das deutsche Gesundheitssystem ist: Ärzt\*innen und Apotheker\*innen haben nicht nur eine Vielzahl von persönlichen Brandbriefen an den Bundesgesundheitsminister geschrieben, sie haben auch für eine begrenzte Zeit – und natürlich mit Notdienst – ihre Praxen und Apotheken geschlossen. Die Leistungsträger der Versorgung zeigen damit, dass im Moment in der Gesundheitspolitik etwas gewaltig schief läuft.



Der Grund ist ebenso einfach wie überhaupt nicht mehr nachvollziehbar. Gerade die, die vor allem aufgrund ihrer enormen Einsatzbereitschaft dafür gesorgt haben, dass Deutschland vergleichsweise glimpflich durch die bisherige Corona-Pandemie gekommen ist, sollen nun dazu herangezogen werden, das seit langem vorhersehbare Defizit der Krankenkassen auszugleichen. Prämien oder Unterstützungen, wie sie unter anderem den Mitarbeiter\*innen und Trägern der stationären Einrichtungen gezahlt werden sollen, bleiben den Teams der ambulanten Versorgung dagegen versagt. Insbesondere die Apotheken sollen so auf eine Art und Weise zur Kasse gebeten werden, die nicht nur zutiefst ungerecht ist, sondern auch ihre Möglichkeiten bei Weitem übersteigt.



Die Zahl der Apotheken in Deutschland ist seit dem Jahr 2000 durch Schließungen von mehr als 21.600 auf unter 18.300 abgestürzt.

Jens Dobbert, Präsident der Landesapothekerkammer Brandenburg

Besonders deutlich wird dies dadurch, dass die Apothekenzahl aufgrund der schon heute bestehenden Unterfinanzierung seit Jahren ständig sinkt. Vor dem Hintergrund, dass allein von Januar 2020 bis Juni dieses Jahres 496 öffentliche Apotheken für immer schließen mussten, zeigt sich zudem die ganze Absurdität der aktuellen Pläne des Gesundheitsministers. Denn geschlossen werden nur Apotheken, die nicht einmal mehr verkäuflich, also im Klartext pleite sind.

Dabei ist die Apothekendichte in Deutschland mit 22 pro 100.000 Einwohnern jetzt schon im unteren Drittel aller Staaten der Europäischen Union angesiedelt. Der EU-Mittelwert liegt dagegen bei 32. Zu viele Apotheken haben Deutschland und insbesondere Brandenburg also auf gar keinen Fall.

Bei diesem Protest wollen es die Apotheken aber nicht belassen. In dieser Ausgabe informieren wir Sie daher über die Lage, wie sie wirklich ist. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Ihr Jens Dobbert

### 265-mal NEIN zur aktuellen Politik

Zu einer solchen Maßnahme haben sich die brandenburgischen Apothekerinnen und Apotheker noch nie gezwungen gesehen: 265 von ihnen haben den Bundesgesundheitsminister direkt angeschrieben, um ihn aus erster Hand darüber zu informieren, welche fatalen Auswirkungen das von ihm geplante GKV-Finanzstabilisierungsgesetz auf die Arzneimittelversorgung vor allem auf dem Lande haben wird.

Dass dies keine übertriebenen Warnungen einer Interessens Klientel sind, zeigt die Entwicklung der Apothekenzahlen auch bei uns in Brandenburg. Obwohl die Apothekendichte in der Mark gerade in der Fläche ohnehin geringer ist als die in anderen Bundesländern haben seit der letzten Honorarerhöhung im Jahr 2013 bereits 22 aller brandenburgischen Apotheken für immer schließen müssen. Das bedeutet auch, dass ihre ökonomische Basis so schlecht war,

dass sie nicht einmal verkauft werden konnten. Und dieser Trend setzt sich fort. Damit werden die Wege gerade für die älteren Patientinnen und Patienten immer länger und die Arzneimittelversorgung in einigen ländlichen Gebieten immer ausgedünnter. Das ist nur der Vorgeschmack auf das, was noch kommen wird.

Laut Hochrechnungen gehen bis 2028 circa 40 Prozent der Apothekeninhaber\*innen in Rente. Viele von ihnen finden keine Nachfolger\*in und werden ihre Apotheken schließen müssen. Landesgesundheitsministerin Ursula Nonnemacher teilt – wie der Bundesrat – die Sorgen der Apotheker\*innen. Professor Karl Lauterbach und die Parteien der Ampelkoalition zeigen sich dagegen unbeeindruckt. Warum werden in Berlin die Brandbriefe von Apothekerinnen und Apothekern ignoriert?

## „UNSERE WARNUNGEN WERDEN WEITER IGNORIERT“



Ernüchterung. Dieses Wort beschreibt wohl am besten das Gefühl, das viele Apotheker\*innen in diesen Tagen beschleicht, besonders in Brandenburg. Gründe dafür gibt es viele – unter anderem das erneute „Nein“ zu einem Studiengang Pharmazie, obwohl die Sorgen hinsichtlich der Fachkräfte- und Nachfolgesituation bereits jetzt groß genug sind.

Fakt ist: Ein Großteil der brandenburgischen Apotheker\*innen werden in den nächsten fünf bis zehn Jahren in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Die Lücken, die sie hinterlassen, werden kaum zu schließen sein, denn schon heute können offene Stellen kaum neu besetzt werden, weil Absolvent\*innen fehlen. Gehen die Apotheker\*innen wie geplant in Rente, wird das den Fachkräftemangel weiter massiv verstärken – ein Problem, auf das die brandenburgische Apothekerschaft schon seit vielen Jahren aufmerksam zu machen versucht.

Trotz dieser überaus alarmierenden Aussichten, die nichts weniger als die völlig unzureichende Arzneimittelversorgung der brandenburgischen Bevölkerung bedeuten, finden die Warnungen kein Gehör an den entsprechenden politischen Stellen. Termine mit Minister\*innen werden halbherzig wahrgenommen oder finden gar nicht erst statt, die Sorgen der Apotheker\*innen werden belächelt, die Arbeit, die Leistung in den Apotheken verkannt. Das Ergebnis unserer Bemühungen sind nur pressewirksame Dankesbezeugungen.

Statt den Apotheker\*innen also eine Last von den Schultern zu nehmen, beispielsweise mit einem Studiengang Pharmazie, wird diese im Gegenteil noch verstärkt – ganz aktuell durch die geplante Erhöhung des Apothekenabschlags. Hinzu kommen die Energiepreiserhöhungen, von denen die Apotheken – wie jeder andere Betrieb auch – nicht verschont bleiben. „Bei uns laufen die Computer und Kühlschränke rund um die Uhr, weil es anders

gar nicht geht. Außerdem haben wir Lagertemperaturen auch außerhalb des Kühlschranks zu gewährleisten, sodass im Sommer die Klimaanlage ein Muss ist“, beschreibt Apothekerin Ilka Kunze, Vorstandsmitglied der Landesapothekerkammer Brandenburg. „Die finanziellen Mittel, die wir gezwungen sind auszugeben, müssen erst einmal erwirtschaftet werden und hier herrscht ein großes Ungleichgewicht. Reserven, wie man sie uns im Bundesgesundheitsministerium andichtet, gibt es nicht!“

Eine angemessene Vergütung, die Wertschätzung der Arbeit, vernünftige politische Rahmenbedingungen und ein rasches Handeln, um den Fachkräftemangel in den Griff zu bekommen – dies waren und sind nach wie vor unsere wichtigsten Forderungen. Eigentlich ist das nicht zu viel verlangt und doch bleibt letztlich nur die ernüchternde Erkenntnis über die gesamte Branche hinweg, dass sich in den vergangenen Jahren nichts geändert hat. Die einzige Konstante? Das Ignorieren unserer Warnungen.

Allein im Juli 2022 haben 4 Apotheken im Land geschlossen.



„Meine Wunschliste an die Politik ist kurz, aber umso bedeutender: Meinen Beruf als Apothekerin möchte ich mit langfristigen verlässlichen Rahmenbedingungen ausüben können. Es braucht eine rechtlich und wirtschaftlich sichere Perspektive. Auf uns Apotheker\*innen konnte sich die Politik nicht zuletzt in der Pandemie stets verlassen. Das gleiche erwarte ich umgekehrt auch von denen, die die Verantwortung für das Regelwerk unseres Gesundheitssystems tragen.“  
**Apothekerin Katrin Wolbring, 2. Vizepräsidentin der Landesapothekerkammer und Apothekeninhaberin in Senftenberg (tacheles, 03/2021)**

„Ich wünsche mir eine verlässliche Gesundheitspolitik, die meine Arbeit und die meiner Mitarbeiter\*innen wertschätzt und das auch in der Öffentlichkeit kommuniziert. Die Politik muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass wir auch in den nächsten Jahren ohne Zukunftsängste unsere Patient\*innen orts- und zeitnah versorgen können. Wenn es so weitergeht wie bisher, werden viele kleine Apotheken, die gerade in der Fläche zur Sicherung des Versorgungsauftrages wichtig sind, in den nächsten Jahren von der Bildfläche verschwunden sein.“

**Apothekerin Karen Pank, Inhaberin der Pückler-Apotheke Cottbus (tacheles 03/2021)**

„Übermächtige Bürokratie, nicht nachvollziehbare Freiräume für den Onlinehandel, keine Wertschätzung für unseren Beruf als Apotheker\*innen, der so viel Verantwortung für die Menschen mit sich bringt: Ich spüre keine Sicherheit, keine Perspektive für uns, die jetzt da sind – genauso wenig wie für den Nachwuchs. Von der Politik erwarte ich endlich Rückhalt, tiefgreifendes Umdenken und insbesondere Unterstützung, die bei uns ankommt.“

**Apothekerin Nicole Conrad, Inhaberin der Löwen-Apotheke in Neuruppin (tacheles 01/2021)**

„Wo bleibt die Anerkennung durch die Politik? Apotheker\*innen sind da, wenn sie gebraucht werden – als eine der tragenden Säulen des Gesundheitssystems ist das eine selbstverständliche Verpflichtung.“

**Apotheker Jens Dobbert, Präsident der Landesapothekerkammer Brandenburg (tacheles 02/2021)**

## GENERALANGRIFF AUF DIE ÖFFENTLICHE APOTHEKE

Während zahlreiche Unternehmen derzeit vom Staat Unterstützungen erhalten, um sie vor den Folgen der Corona-Pandemie, steigenden Energiepreisen und der Inflation insgesamt zu schützen, bleibt dies den Apotheken verwehrt. Diese will die Bundespolitik durch das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz sogar in den kommenden zwei Jahren mit in etwa der gleichen Summe belasten, die sie den Apotheken kurz vorher als Honorar für pharmazeutische Dienstleistungen zugesprochen hat. So soll die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) von den kommenden milliardenschweren Defiziten entlastet werden.

### Mehr Arbeit ohne zusätzliches Honorar

Dieser Taschenspielertrick ändert an der Dramatik der aktuellen Entwicklung nichts, denn so müssten die Apotheker\*innen mit ihren Teams auch deutlich mehr arbeiten. Mit dem gleichen Geld für erheblich mehr Leistungen lässt sich aber die finanzielle Schiefelage, unter der die inhabergeführten Apotheken zunehmend leiden, nicht korrigieren. Bereits nach Bekanntwerden der Pläne hat Jens Dobbert, Präsident der Landesapothekerkammer Brandenburg, diese als Generalangriff auf die öffentliche Apotheke bezeichnet. Denn schon jetzt ist sicher, dass viele Apotheken durch das Gesetz in den wirtschaftlichen Ruin getrieben werden.

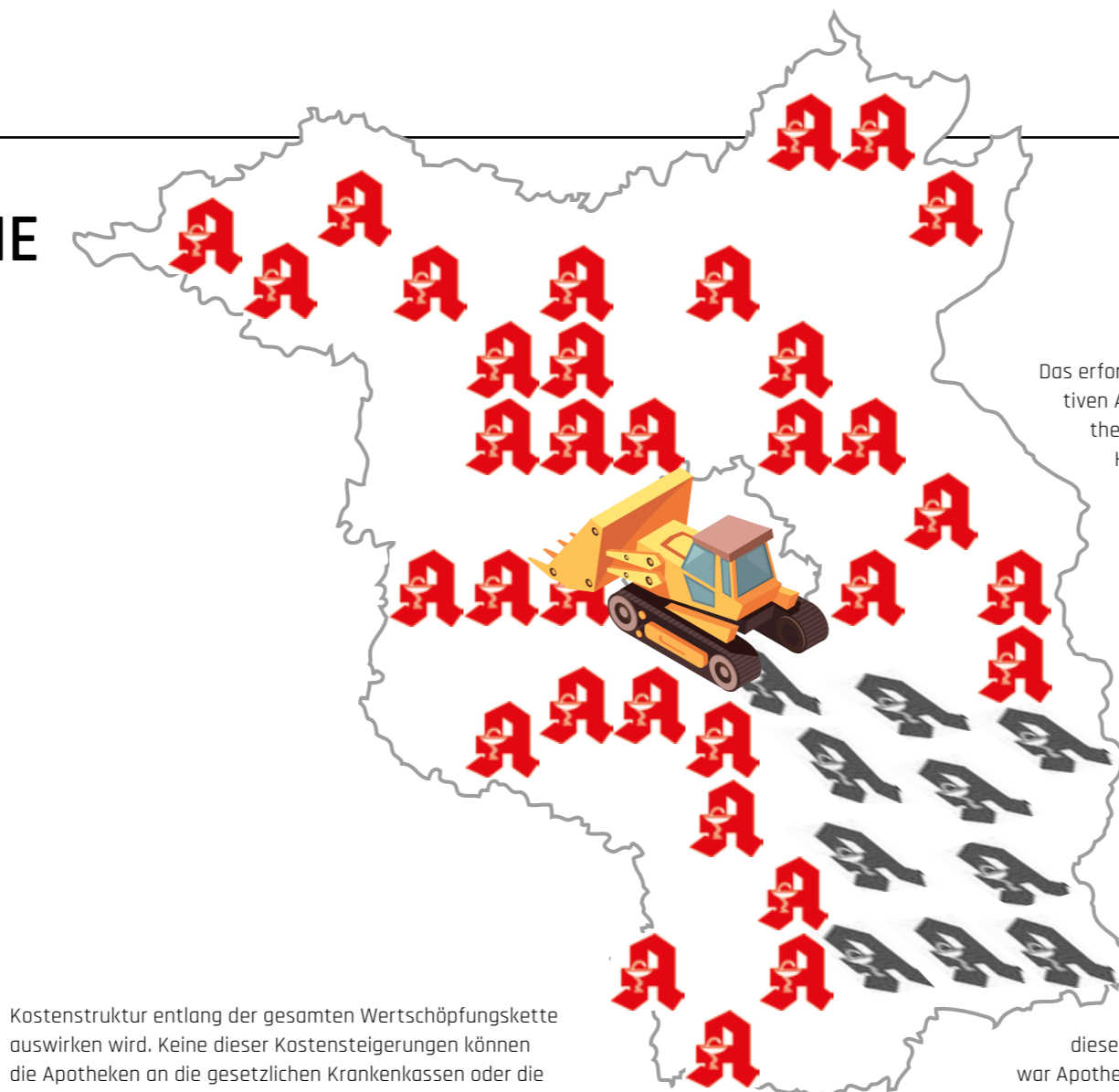
### Apotheken haben keine Effizienzreserven mehr

Die Länder, die aufgrund ihrer Zuständigkeit für die Arzneimittelversorgung vor Ort viel näher an den Apotheken sind, beurteilen die Gefährdung der Versorgung wie die Pharmazeut\*innen. Auf Initiative des Landes Brandenburg hat der Bundesrat die Bundesregierung daher dazu aufgefordert, auf diese Mehrbelastung der Apotheken zu verzichten. Beeindruckt hat das Minister Lauterbach jedoch nicht. Und weil das Gesetz nicht zustimmungspflichtig ist, kann die Regierung im Bundestag mit den Stimmen der Koalition über die Bundesratsinitiative hinwegregieren.

Dabei sollte im Bundesgesundheitsministerium bestens bekannt sein, dass die Apotheken über keinerlei Effizienzreserven mehr verfügen. Sie leisten vielmehr seit Jahren einen zusätzlichen Solidarbeitrag. Denn ihr Honorar, das zum 1. Januar 2013 um 25 Cent pro abgegebener Packung angehoben wurde, ist seitdem nicht mehr erhöht worden. Der zusätzliche, sogenannte variable Vergütungsanteil beträgt sogar seit 2004 konstant 3 Prozent vom Apothekeneinkaufspreis. Damit hat die Apothekenhonorierung gerade noch einen Anteil von 1,9 Prozent an den Gesamtausgaben der GKV.

### Erhebliche Kostensteigerungen und natürlich Inflation

Dagegen sind die Kosten immer weiter gestiegen. Neben den aktuell in die Höhe schießenden Energiepreisen schlagen hier vor allem die hohe Inflationsrate sowie die Mehrkosten im Personalbereich zu Buche. So wurden die Tariflöhne für 2022 um 7,7 Prozent angehoben und sie werden 2023 um weitere 3 Prozent steigen, um überhaupt noch wettbewerbsfähig zu sein. Hinzu kommt die Erhöhung der Mindestlöhne auf 12 Euro, die sich mittelbar auf die



Kostenstruktur entlang der gesamten Wertschöpfungskette auswirken wird. Keine dieser Kostensteigerungen können die Apotheken an die gesetzlichen Krankenkassen oder die Patientinnen und Patienten weitergeben.

Zudem hinkt die Apothekenvergütung der Entwicklung der GKV-Einnahmen seit Jahren hinterher. Während die Krankenkassen zwischen 2004 und 2022 mit plus 98,7 Prozent fast eine Verdoppelung ihrer Beitragseinnahmen verbuchen konnten, stieg die packungsbezogene Apothekenvergütung lediglich um 21,4 Prozent. Dieser Zuwachs liegt deutlich unter dem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes (+ 63,2 Prozent), der Tariflohnentwicklung in den Apotheken (+ 47,9 Prozent) und der Inflationsrate (+ 36,3 Prozent). Alles das zeigt zudem, dass die Apotheken keine Kostentreiber im System sind. Ihr Anteil an den GKV-Gesamtausgaben sank vielmehr zwischen 2005 und 2021 von 2,8 auf nur noch 1,9 Prozent. Er beträgt aktuell damit weniger als die Hälfte der Verwaltungsausgaben der gesetzlichen Krankenkassen, die inzwischen 4,1 Prozent ausmachen.

### Apotheken garantieren Kassen schon jetzt Einsparungen in Milliardenhöhe

Für das Ministerium scheint es zudem überhaupt keine Rolle zu spielen, dass die Apotheken seit Jahren dafür sorgen, die Krankenkassen mit Einsparungen in Milliardenhöhe zu entlasten. Sie sind es beispielsweise, die dafür garantieren, dass die Arzneimittelrabattverträge, die zwischen Herstellern und Krankenkassen geschlossen werden, auch dann funktionieren, wenn einzelne Rabattvertragsarzneimittel nicht lieferbar sind. Denn dann sorgen die Apotheken dafür, dass die Versicherten dennoch mit gleichwertigen Medikamenten anderer Hersteller versorgt werden.

Das erfordert einen hohen administrativen Aufwand, für den die Apotheken keinen Cent zusätzliches Honorar erhalten. Ohne deren Einsatz wäre das Modell der Rabattverträge bereits seit Jahren gescheitert. So entlastet es die Gesetzliche Krankenversicherung um inzwischen 5,1 Mrd. Euro pro Jahr.

Schließlich übernehmen die Apotheken das Inkasso für die Rabatte, die die Hersteller der GKV durch Gesetz gewähren müssen – auch dies natürlich ohne jedes Honorar.

Dass die Apotheken systemrelevant sind, haben sie spätestens in der Pandemiezeit eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Die von Minister Lauterbach geplanten Maßnahmen werden dennoch zu weiteren Apothekenschließungen führen. Hier wird wider besseres Wissen die Axt an die sichere und flächendeckende Arzneimittelversorgung rund um die Uhr gelegt!

## „MIT DEM PERSONAL STEHT UND FÄLLT DIE APOTHEKE“

Im Frühjahr dieses Jahres war Apothekerin Ilka Kunze gezwungen, eine ihrer beiden Apotheken – die Adler-Apotheke in Peitz – zu schließen. Der Grund: Personalmangel. Nachdem zwei angestellte Apothekerinnen aufgrund von Schwangerschaft und Elternzeit für längere Zeit ausfielen, war es für die Inhaberin der Apotheke nicht möglich, den Betrieb weiterhin aufrechtzuerhalten. „Ich habe einfach keine Vertretung gefunden. Mal für eine Urlaubsvertretung klappt das ganz gut, aber längerfristig jemanden für eine Schwangerschaftsvertretung oder gar für eine Festanstellung zu gewinnen, ist absolut aussichtslos“, beschreibt Ilka Kunze ihr Dilemma. Und es geht nicht nur ihr so – das Problem, keine Nachfolger\*in zu finden, besteht in der gesamten Bundesrepublik.

„Bei uns in Brandenburg kommt außerdem erschwerend hinzu, dass wir keinen Studiengang Pharmazie haben. Mit anderen Worten: Wir können unseren Berufsnachwuchs nicht einmal selbst ausbilden“, so die Apothekerin. „Es wurde lange Zeit behauptet, dass Berlin für unser Bundesland mit ausbilde, doch einen Staatsvertrag gab es nie und die Absolvent\*innen decken nicht einmal

mehr den Bedarf der Berliner Apotheken. Wir befinden uns in einer Situation, in der sehr viele Apothekeninhaber\*innen in den nächsten Jahren in Rente gehen werden. Ich selbst bin jetzt 57. Wenn ich nicht das seltene Glück hätte, dass meine Tochter in Marburg Pharmazie studiert und meine Apotheke übernehmen wird, müsste ich mir schon jetzt Gedanken um die Nachfolge machen. Um jemanden für die Übernahme einer Apotheke zu finden – gerade im ländlichen Raum, ist ein enormer Vorlauf notwendig.“

Dabei hat sich gezeigt, dass es am aussichtsreichsten ist, den Nachwuchs selbst „heranzuziehen“ und vom sogenannten „Klebeffekt“ zu profitieren: Wenn junge Menschen zum Beispiel durch Schülerpraktika bereits in den Beruf hineinschnuppern können, ist es einfacher, sie dafür zu begeistern und auch vor Ort zu halten. Das wird allerdings umso schwieriger, je weiter weg die jungen Frauen und Männer gehen müssen, um Pharmazie zu studieren. „Ein Studiengang Pharmazie in Brandenburg wäre ein Schritt, der uns Apothekerinnen und Apothekern das Leben enorm erleichtern würde und die Zukunft der brandenburger Apotheken sichern könnte“, bringt Ilka Kunze es auf den Punkt. „Wenn man sich in unserer Branche umsieht, dann werden wir immer älter, genauso wie unsere Mitarbeiter\*innen



Pharmazieingenieure gibt es kaum noch, außerdem fehlen PTA und PKA. Um eine Apotheke jedoch führen und damit aufrechterhalten zu können, braucht es zwingend Apotheker\*innen – und daran mangelt es aktuell akut. Man kann sagen: Mit dem Personal, allen voran den Apotheker\*innen, steht und fällt eine Apotheke“, so Ilka Kunze.

**Apothekerin Ilka Kunze, Inhaberin der Festungsapotheke in Peitz**

## STAAT VERDIENT WEITER KRÄFTIG AN ARZNEIMITTELN

Während die Apotheken über die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit belastet werden sollen, kassiert der Staat weiter von den gesetzlichen Krankenkassen. Denn Deutschland erhebt auch auf Medikamente, die zu Lasten der Krankenkassen verordnet werden sollen, den vollen Mehrwertsteuersatz. Damit gehört die Bundesrepublik neben Dänemark und Bulgarien zu den einzigen drei Ländern in der EU, die sich diesen Anachronismus leisten.

Immer wieder wurde gefordert, auch hierzulande die Mehrwertsteuer zumindest auf den reduzierten Satz von 7 Prozent zu senken. Dies wäre sogar beinahe in den Koalitionsvertrag der Ampel gekommen, wurde aber kurz vor dessen Verabschiedung wieder gestrichen. Im GKV-Finanzierungsgesetz startete Gesundheitsminister Lauterbach einen neuen Versuch, der aber

dann ebenfalls am Widerstand des Bundesfinanzministers scheiterte. So kassiert der Staat weiter kräftig mit. Der Steueranteil an Medikamenten lag 2021 bei 6,57 Mrd. Euro und damit deutlich höher als der Betrag, den die GKV insgesamt für die Leistungen der Apotheken bezahlt.

Eine Senkung der Mehrwertsteuer auf rezeptpflichtige Arzneimittel von 19 auf 7 Prozent würde die GKV um mehr als 5 Mrd. Euro entlasten! Das wäre ein Vielfaches von dem, was Karl Lauterbach jetzt den Apotheken aufbürden will. Im Übrigen könnten dann auch die Versicherten bei den Zusatzbeiträgen deutlich sparen.

Allerdings wären auch dann Änderungen am Apothekenabschlag, den die Apotheken den Krankenkassen für eine zeitnahe Bezahlung der Medikamente gewähren müssen,

erforderlich. Da es sich bei diesem um einen Bruttobetrag handelt, müsste er abgesenkt werden, damit die Apotheken den Kassen nicht mehr an Mehrwertsteuer zahlen als diese entrichten. Dazu wird es aber wohl nicht kommen. Denn der gleiche Finanzminister, der zugestimmt hat, dass der Staat mit Steuermitteln 200 Mrd. Euro aufwendet, um die Folgen der durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine entstandenen Energiekrise und die Inflation abzumildern, will sich dem nicht anschließen.

Die Zeche hierfür zahlen aber nicht nur die Apotheken. Leidtragende ist auch die Qualität der Arzneimittelversorgung, die nach Erwartung aller Expert\*innen weiter ausgedünnt wird. Betroffen sind also gleich in mehrfacher Hinsicht die Patientinnen und Patienten.



▲ Apotheker bei der Medikamentenherstellung – bald eine absolute Seltenheit in Brandenburg.

## MINISTERIN URSULA NONNEMACHER ZUR UNVERZICHTBARKEIT DER APOTHEKEN

Die Deutsche Apothekerzeitung (DAZ) berichtete am 18. Oktober 2022, dass sich auch die brandenburgische Landesgesundheitsministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) gegen die Erhöhung des Kassenabschlags ausgesprochen hat.

Auf Nachfrage der DAZ habe die Ministerin noch einmal ihre Haltung bekräftigt: „Auch im Land Brandenburg geht die Anzahl der Apotheken seit einigen Jahren zurück“, habe sie der Redaktion mitteilen lassen. „Nach ist die flächendeckende Versorgung gewährleistet, wir brauchen aber heute mehr denn je jede Apotheke im ländlichen Raum. Sparaktionen, die die Arzneimittelversorgung in unserem Flächenland gefährden, sehe ich kritisch. Deshalb haben wir uns im Bundesrat auch dafür eingesetzt, die vom Bundesgesundheitsministerium geplante Erhöhung des Apothekenabschlags zu stoppen. Wir brauchen die Apotheken vor Ort.“

## ÖFFENTLICHE APOTHEKEN AUS PROTEST GESCHLOSSEN

Am Mittwoch, dem 19. Oktober, also einen Tag, bevor der Bundestag das Spargesetz von Minister Lauterbach gegen das Votum der Bundesländer beschlossen hat, machten zahlreiche brandenburgische Apotheken um Punkt 12.00 Uhr ihre Türen zu. Die Aktion, die in ähnlicher Weise auch in den Bundesländern Saarland, Schleswig-Holstein und Hamburg stattfand, stand in Brandenburg unter dem Motto „Apotheken protestieren, um auch in Zukunft da zu sein!“

Die Landesapothekerkammer Brandenburg hatte sich im Vorfeld solidarisch mit dieser Protestaktion erklärt, zu der der Apothekerverband Brandenburg e.V. aufgerufen hatte. „Da der Notdienst nicht betroffen war, sondern selbstverständlich gewährleistet wurde, war sie auch nach den geltenden Vorgaben der Kammer rechtlich zulässig“, erklärte Kammerpräsident Dobbert. „Politisch notwendig war sie angesichts der immer schlechter werdenden wirtschaftlichen Lage der Apotheken auf alle Fälle!“

In der Geschichte des Landes Brandenburg war dies das erste Mal, dass sich die Apotheken zu einer solchen Maßnahme gezwungen gesehen haben. „Ungewöhnlich bedrohliche Zeiten erfordern eben auch ungewöhnliche Maßnahmen“, sagte Dobbert. Von zahlreichen Patient\*innen habe es aber viel Verständnis für die Protestaktion gegeben. „Die Menschen in Brandenburg haben erkannt, dass es im Kern um die Sicherstellung ihrer Arzneimittelversorgung geht“, so Dobbert. „Wohnortnahe Apotheken sind für sie unverzichtbar!“

Wieviel kann man vom kleinsten Stück Kuchen noch abschneiden???



## „DIE MENSCHEN HIER FÜHLEN SICH ALLEIN GELASSEN.“

Ende Juli musste die Wisent-Apotheke in Boitzenburg schließen. Damit zeigt sich nun in dem kleinen Ort jetzt schon, was auch für viele andere Dörfer Realität werden könnte: Es gibt keine Arzneimittelversorgung mehr durch eine Apotheke vor Ort. Ein Schock für die Anwohner\*innen – und ein Problem für viele Ältere. Grund für die Schließung ist schlicht und ergreifend Personalmangel. Es konnte keine Apotheker\*in für die Nachfolge gefunden werden.

Elli Horn ist ausgebildete Krankenschwester, war viele Jahre als Betriebsschwester in ihrem Beruf tätig, hat dann lange als Pflegedienstleiterin und Leiterin für Sozialarbeit beim DRK gearbeitet. Heute ist sie im Seniorenbeirat der Stadt Templin aktiv und engagiert sich für das Boitzenburger Land mit dem Projekt „Pflege vor Ort“. Für sie ist es unfassbar, dass Politik und andere Verantwortliche einfach untätig bleiben. „Es ist ja lange bekannt, dass viele Apotheker\*innen demnächst in Rente gehen. Eigentlich wäre da genug Zeit zu handeln. Es

wird aber einfach nicht gemacht“, fasst sie resigniert zusammen.

Es sei einfach nicht hinzunehmen, dass heute – in diesen modernen Zeiten – einfach ein Stück medizinische Versorgung wegbricht. Um für die Menschen, die wenig oder gar nicht mobil sind, eine Versorgung zu gewährleisten, wird nun ein Briefkasten installiert. Hier können Patient\*innen ihr Rezept einwerfen und bekommen dann die Medikamente nach Hause geliefert. „Das kann doch nur eine Notlösung sein, schließlich fällt das Persönliche in der Beratung weg. Es ist so wichtig, sich dabei in die Augen zu sehen. Unsicherheiten und Probleme, die häufig nur durch die Mimik und Gestik in einem längeren Gespräch signalisiert werden, dürfen bei Fragen zur sicheren Arzneimittelanwendung nicht übersehen werden. Eine neue Verpackung, ein neues oder anderes Medikament – das muss gut erklärt werden, damit die Menschen davon überzeugt sind, dass ihnen diese Therapie hilft und sie es richtig anwenden.“ Elli Horn ist empört. „Die



Menschen fühlen sich allein gelassen und sind verunsichert. Wir haben hier vor Ort keine Ansprechpartner\*innen, nur noch online oder Telefon. Viele ältere Menschen sind überfordert mit solchen Dingen.“ Sie sieht eindeutig die Politik in der Pflicht, einzugreifen und dafür zu sorgen, dass die Versorgung der Landbevölkerung sichergestellt wird.

Elli Horn ist im Seniorenbeirat der Stadt Templin aktiv und engagiert sich für das Projekt „Pflege vor Ort“.

# Unsere Forderungen an die Politik ...

... damit die Versorgung gewährleistet bleibt und die wohnortnahe Versorgung eine Chance hat.

## > ANERKENNUNG

Wir fordern, dass die Politik nicht nur verbal anerkennt, welchen hohen Stellenwert der Apothekerberuf für das reibungslose Funktionieren des Gesamtsystems hat. Das Fehlen von ausgebildeten Pharmazeut\*innen wird bereits mittelfristig zu großen Problemen in vielen Tätigkeitsfeldern führen. Denn Apotheker\*innen sind in vielen Bereichen tätig: Ob in der Industrie, als Lehrkräfte an Universitäten und PTA-Schulen, bei der Bundeswehr, in Forschung und Verwaltung oder klassisch in der öffentlichen Apotheke – tagtäglich leisten sie in den verschiedensten Positionen ihren wichtigen Beitrag für die Gesellschaft.

## > AUSBILDUNG

Wir fordern ein Pharmaziestudium in Brandenburg, damit auch die Patient\*innen und wir vom Klebeffekt profitieren können. Pharmazeut\*innen sind die Generalisten des deutschen Gesundheitssystems und damit allein schon durch ihr Studium sowie lebenslange Fortbildungen geradezu prädestiniert für bestimmte Positionen. Wir benötigen dringend Nachwuchs! Ein vollwertiger Pharmaziestudiengang in Brandenburg ist unabdingbar, um die wertvolle Ressource, die gut ausgebildetes Fachpersonal bietet, auch wirklich nutzen zu können.

## > VERLÄSSLICHKEIT

Wir fordern rechtlich und wirtschaftlich sichere Rahmenbedingungen, die auch sich dynamisch entwickelnde Kosten berücksichtigen. Nur so können Apotheker\*innen auch in Zukunft ihren Beruf so verlässlich und engagiert ausüben wie bisher. Apotheker\*innen sorgen täglich in den öffentlichen und Krankenhausapotheken dafür, dass die Bevölkerung in Brandenburg flächendeckend mit Arzneimitteln versorgt wird. Sie sind damit eine unverzichtbare Stütze des deutschen Gesundheitssystems, auf die auch in Krisenzeiten Verlass ist. Die gleiche Verlässlichkeit fordern wir von der Politik!

## > DIALOGBEREITSCHAFT

Wir fordern ein offenes Ohr von der Politik für die Belange der Apotheker\*innen, um die Gesundheitspolitik in unserem Land aktiv mitgestalten zu können. Dazu gehören auch der respektvolle Umgang mit Vertreter\*innen unseres Berufsstandes und die zielorientierte Wahrnehmung von Gesprächsterminen. Die Gesundheitspolitik ist von zentraler Bedeutung für alle Menschen in Deutschland. Als Apotheker\*innen mit intensiven und umfangreichen Patientenkontakten sehen wir uns als vermittelnde Menschen zwischen den Bürger\*innen und der Politik, wenn es um die Versorgung mit Arzneimitteln geht. In dieser Rolle erwarten wir, gehört und vor allem ernst genommen zu werden.

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Landesapothekerkammer Brandenburg,  
Präsident: Apotheker Jens Dobbert  
Körperschaft des öffentlichen Rechts,  
Am Buchhorst 18, 14478 Potsdam, [www.lakbb.de](http://www.lakbb.de)

### Redaktion:

Apothekerin Julia Bang, Telefon: 0331-888 66 22  
in Zusammenarbeit mit der 4iMEDIA GmbH,  
Trufanowstraße 25, 04105 Leipzig, [www.4imedia.com](http://www.4imedia.com)

Redaktionsschluss: 26. Oktober 2022

### Projektmanagement/Gestaltung:

4iMEDIA GmbH

### Druck:

Kuss Kopierservice GmbH  
Karl-Liebknecht-Straße 129  
14482 Potsdam

### Quellen:

ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände  
e.V.: Die Apotheke – Zahlen, Daten, Fakten 2021 und 2022

### Fotoquellen:

Titel: Adobe Stock / rangizzz  
S. 2, Porträt Jens Dobbert: privat  
S. 3, Pixabay  
S. 4, oben: Adobe Stock / contrastwerkstatt  
S. 4, Karte: d-maps.com; Icon: freepik  
S. 5, Ilka Kunze: privat  
S. 6, unten: LAKBB  
S. 6, oben: ABDA  
S. 6, Elli Horn: privat